



per Telefax/E-Mail

München, 12.1.2010

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

- Pressemitteilung -

Zur Eignung für ein Masterstudium an der TU München

Mit heute bekannt gewordenem Beschluss vom 11. Januar 2010 hat der Bayer. Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München vom 23. Oktober 2009 bestätigt, mit der die TU München (TUM) im einstweiligen Rechtsschutz verpflichtet wurde, einen Studienbewerber zum Wintersemester 2009/2010 vorläufig zum Masterstudiengang Technologie- und Managementorientierte Betriebswirtschaftslehre zuzulassen.

Ähnlich wie in seinem Beschluss vom 22. Dezember 2009 zum Bachelorstudiengang Architektur (vgl. Pressemitteilung vom 28. Dezember 2009) hat der BayVGH es auch hier grundsätzlich für zulässig erachtet, dass Hochschulen per Satzung spezielle Eignungsfeststellungsverfahren vorsehen. Zwar sei in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Dezember 2009 unter anderem eine Flexibilisierung des Zugangs zu Masterstudiengängen vereinbart worden. Bis zu seiner Umsetzung durch eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen bleibe es aber bei der Ermächtigung der Hochschulen in Bayern, durch Satzung weitere Zugangsvoraussetzungen für den Masterstudiengang festzulegen und insbesondere Eignungsfeststellungsverfahren vorzusehen. Bei der Auswahl der Kandidaten sei allerdings zu beachten, dass deren Eignung im Rahmen eines möglichst aussagekräftigen Verfahrens unter Einbeziehung aller relevanten Eignungskriterien überprüft werden müsse. Deshalb müssten sich die in der Satzung festgelegten Kriterien möglichst genau an den besonderen Anforderungen des jeweiligen Studiums orientieren.

Die Festlegungen der TUM in ihrer Satzung für den Masterstudiengang Technologie- und Managementorientierte Betriebswirtschaftslehre zu den Bewertungskriterien im Eignungsverfahren und zu deren Gewichtung seien aber nicht hinreichend klar und transparent. Insbesondere sei fraglich, ob das Ergebnis des vorangegangenen Bachelorstudiums bei der Bewertung zu berücksichtigen sei oder nicht und wie die jeweils zu bewertenden Auswahlkriterien zu gewichten seien. Zusätzliche Bedenken ergäben sich daraus, dass die Eignung eines Bewerbers für einen Masterstudiengang auf der ersten Stufe des Eignungsverfahrens nach der Satzung der TUM offenbar ausschließlich auf der Grundlage eines eingereichten Motivationsschreibens und eines Aufsatzes beurteilt werde, ohne dabei seine Leistungen im Erststudium zu berücksichtigen. Bei einem Motivationsschreiben und einem Aufsatz handele es sich um Einzelleistungen und Momentaufnahmen, die allein keine hinreichende Grundlage für eine zuverlässige Beurteilung der Eignung eines Bewerber

Pressesprecher

Ri'inVGH Andrea Breit, Tel. 2130-334, Fax 2130-315
RRin Christiane Viefhaus, Tel. 2130-264, Fax 2130-464
RIVGH Dr. Dieter Zöllner, Tel. 2130-332, Fax 2130-431

Postanschrift

Postfach 34 01 48
80098 München

Dienstgebäude

Ludwigstr. 23
80539 München

Telefon

(089) 21 30-0

Telefax

(089) 21 30 320

E-Mail: poststelle@vgh.bayern.de

Internet: <http://www.vgh.bayern.de>

bers für ein Masterstudium darstellen könnten und denen auch gegenüber den Leistungen des Erststudiums allenfalls untergeordnete Bedeutung beigemessen werden dürfe. Gleiches gelte für ein Auswahlgespräch von 20 bis 30 Minuten auf der zweiten Stufe des Eignungsverfahrens.

Gegen diesen Beschluss gibt es kein Rechtsmittel.

(Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 11. Januar 2010 Az. 7 CE 09.2804)